

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the top right corner. It consists of the letters 'DGB' in a bold, white, sans-serif font, enclosed within a white parallelogram shape that is tilted to the right.

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

KONTUREN EINER NEUEN ORDNUNG DER ARBEIT

Rede auf der Tagung von WSI und DGB
am 29. Mai 2013 in Berlin

The slogan 'GUTE ARBEIT FÜR UNS ALLE.' is presented as if on a white flag or banner. The text is in a bold, black, sans-serif font. The banner is tilted and has a white pole extending from the bottom right corner. The background of the banner is white, contrasting with the red background of the overall page.

**GUTE
ARBEIT**
FÜR UNS ALLE.



KONTUREN EINER NEUEN ORDNUNG DER ARBEIT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich **begrüße Sie herzlich** zu unserer Veranstaltung. Wir wollen heute mit Ihnen über die Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit diskutieren.

Natürlich ist die Voraussetzung für eine lebhaftige Diskussion, dass ich Ihnen **unsere Sicht auf eine neue Ordnung der Arbeit vorstelle**.

Ohne zu viel vorwegzunehmen kann ich sagen: **wir wollen gute Arbeit schützen und voranbringen und prekäre Arbeit bekämpfen**.

Das ist der Kern einer neuen Ordnung von Arbeit, wie sie uns vorschwebt.

Brigitte Unger wird nach mir erläutern, was wir auf dem Weg dahin von anderen europäischen Ländern lernen und vielleicht übernehmen können.

Danach kommt der arbeitspolitische Elchtest: Wir haben **Gäste aus der Politik** eingeladen, die zu unseren Vorschlägen Stellung beziehen werden.

Und wir haben **Betriebs- und Personalräte** eingeladen, die den Gästen aus der Politik aus der betrieblichen Praxis berichten werden und Fragen stellen.

Ich glaube, wir können uns auf eine lebhaftige Veranstaltung freuen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB betont seit einiger Zeit, dass wir eine **neue Ordnung der Arbeit brauchen**.

Warum?

Kurz gesagt: weil der **deutsche Arbeitsmarkt tief gespalten** ist nach drei Jahrzehnten neoliberaler Deregulierung, nach dem Abbau von Arbeitnehmerrechten, nach dem Mitgliederverlust der Gewerkschaften und der Verbandsflucht vieler Arbeitgeber.

Zwar hat in Deutschland die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zugenommen. Aber Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wurden ausgeweitet.

So lautet die Schnell-Analyse, der Fakten-Check.

Aber ich möchte heute gerne etwas genauer hinschauen.

Betrachten wir also zunächst das sogenannte **Normalarbeitsverhältnis**.

Auch hier wächst die **Unsicherheit** z. B. durch Umstrukturierungen, Arbeitsplatzabbau – wenn auch sozialverträglich - und Tarifflicht. Und auch der **Arbeitsdruck** z.B. durch Stellenabbau und Leistungsverdichtung, aber auch durch neue Technologien, steigt.

Viele junge Menschen, Berufseinsteiger, kennen einen **unbefristeten Arbeitsvertrag nur noch vom Hörensagen**.

Auf Dauer **gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen** wie ständige Erreichbarkeit, Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, ständiger Leistungs- und Zeitdruck werden nicht oder nur halbherzig bekämpft.

Frauen werden beim Entgelt und bei Aufstiegschancen immer noch **benachteiligt** und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt schwierig – für Männer wie für Frauen.

Die andere Seite der Medaille ist die, die Soziologen als **prekäre Arbeit** bezeichnen.

Deutschland hat inzwischen den **größten Niedriglohnsektor in Europa**.

Mit Niedriglöhnen nimmt die **Erwerbsarmut** zu und mit ihr die **Altersarmut**. Welche Langfristfolgen das haben wird können wir heute nur erahnen. Das Szenario ist überaus unerfreulich.

Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs oder befristete Arbeitsverträge sind weitere **Synonyme** für schlecht bezahlte Arbeit und oftmals miese Arbeitsbedingungen, wo - wie z.B. bei Minijobs verbrieft Rechte wie Urlaub und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nicht wahrgenommen werden.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes geht zu Lasten Vieler. Besonders deutlich wird das am Beispiel der sogenannten **Aufstocker**.

Es ist schon eine perfide Strategie mancher Arbeitgeber, die Leute so schlecht zu bezahlen, dass der Lohn auch bei Vollzeit nicht mehr zum Leben reicht.

Und sie dann zum Amt zu schicken und den Steuerzahler den Lohn aufstocken lassen.

Doch damit nicht genug.

Unsere Sorge ist, dass sich die **Spaltung noch vertiefen** wird.

Wir leben mitten in Europa, sind **Teil eines Europa**, und deswegen auch von den Auswirkungen der europäischen Krise betroffen. Z.B. sinkt die Auftragslage in der deutschen Automobilindustrie, weil die Nachfrage in den südeuropäischen Länder zurückgeht.

Insbesondere die hohe **Jugendarbeitslosigkeit** in vielen Ländern Europas kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören. Eine verlorene Generation aber kann Europa sich nicht leisten.

Heute ist das Ausmaß bei uns vielleicht noch nicht zu spüren, vor allem da nicht, wo wir viel exportieren.

Aber wir hören aus allen Branchen, dass die Lage schlechter wird.

Und wer sagt uns, dass nicht auch hier so wie in vielen europäischen Ländern die **Krise missbraucht** wird, um den sozialen **Schutz** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter **zu verschlechtern** oder **Regeln zu lockern** oder ganz abzuschaffen?

Angriffe auf Tarifautonomie, Löhne und Kündigungsschutz sind längst Realität und auf der Tagesordnung.

Ich habe jedenfalls nicht vergessen, dass führende Wirtschaftsvertreter Tarifverträge am liebsten verbrennen wollten.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen nicht warten bis wir wieder in Abwehrkämpfe verwickelt werden. Bis wir Grundlagen unseres Wirtschaftsmodells verteidigen müssen, bis wir uns rechtfertigen müssen für Arbeitnehmerrechte, ja sogar für den Erhalt der Grundrechte wie der Tarifautonomie.

Unser Anspruch ist, die Zukunft unseres Landes in einem sozialen Europa zu gestalten.

So zu gestalten, dass nicht Wenige davon profitieren sondern möglichst Viele.

Wir müssen dabei weder bei Null anfangen noch Räder neu erfinden. Oft hilft es schon kurz innezuhalten und zu schauen, was da ist und sich bewährt hat.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: **Bewährt hat sich** ohne Frage die **Mitbestimmung**. Sie bringt Lösungen für betriebliche Probleme. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen bestätigt ihr Ansehen und ihre Wirkkraft.

Aber sie **stößt** eben **an Grenzen**.

Mit ihr alleine können politisch gewollte Fehlentwicklungen wie z.B. von Rahmensetzungen für Beschäftigungsformen nicht wieder korrigiert werden. Darauf komme ich zurück.

Als Gewerkschaften sind wir die Organisation der Arbeit, die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Rolle wird heute wieder deutlich mehr akzeptiert als zu Hochzeiten der new economy, kurz nach der Jahrtausendwende.

Das freut uns sehr!

Es ist also naheliegend, dass wir **unsere Vorschläge auf unsere Kernkompetenz, auf die Gestaltung und Ordnung von Arbeit, ausrichten.**

Denn: Sie und ich und viele Millionen Menschen arbeiten oder arbeiteten in diesem Land jeden Tag viele Stunden, die Arbeit ist also ein zentraler Bestandteil ihres, unseres Lebens.

Wenn es um niedrige Löhne und miese Arbeitsbedingungen geht,
um die Entgrenzung der Arbeit,
die ständige Erreichbarkeit der Beschäftigten,
die steigende Arbeitsverdichtung,
das Verschwimmen von Arbeits- und Freizeit,
die Verwandlung von Arbeitnehmern in Arbeitskraftunternehmer,
die Zunahme psychischer Belastungen bis hin zum Burnout.

Wenn es um all diese Phänomene und Probleme der modernen Arbeitswelt bis hin zum wachsenden Demographieproblem unserer Arbeitsgesellschaft geht,

dann braucht es **starke Tarifpartner und Betriebs- und Personalräte, die die Dinge neu ordnen** können.

Und dann braucht es auch - für die Rahmenbedingungen und damit **für gültige Regeln für alle - die Politik.** Denn ohne den Gesetzgeber wird es nicht gehen.

Schließlich war er es, der die schützenden Deiche eingerissen und den Arbeitsmarkt mit Befristungen, Minijobbern, Solo-Selbstständigen und Hartz IV-Aufstockern geflutet hat.

Politische Entscheidungen sind maßgeblich **verantwortlich** für den verfallenen Zustand auf dem Arbeitsmarkt.

Darum steht an allererster Stelle die **Politik in der Pflicht**, für eine neue Ordnung der Arbeit zu sorgen.

Die **Sozialpartner** können viel und leisten noch viel mehr. Aber sie **können nicht allein reparieren**, was die Politik zerstört hat.

Zumal die Arbeitgeber und ihre Verbände auch wenig Interesse an einer Neu-Regulierung der Arbeit haben. Und Verbände gibt es ja auch nicht überall.

Ohnehin bleiben die **Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner begrenzt, wenn es nicht gelingt, die Geltung von Tarifverträgen und die Tarifbindung wieder zu stärken**. Auch das wird nicht ohne die Politik gehen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen

bevor ich mich dem konkreten politischen Regelungsbedarf zuwende, möchte ich noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Ich finde sie wichtig, weil sich aus ihnen viele Forderungen ableiten lassen.

Ich möchte mit dem **Thema des Wertes, der Würde von Arbeit** beginnen.

Die Wertschätzung der Arbeit ist ungeheuer wichtig. Denn **Arbeit ist mehr als reiner Broterwerb**. Sie ist prägend für unser Gemeinwesen wie für uns selbst.

Lassen Sie mich dennoch mit dem Broterwerb beginnen. Den wenigsten ist es vergönnt, sich auf dem Ruhekitz eines erbten Vermögens gemütlich einzurichten.

Unser Wohlstand gründet auf unserer Arbeit. Das gilt für die gesamte Gesellschaft, aber auch für jeden einzelnen.

Lob und Anerkennung für die erbrachte Arbeitsleistung sind wichtig, aber am Ende muss die Kasse stimmen.

Lob ersetzt keinen Lohn.

Und dieser **Lohn** muss **leistungsgerecht und fair** sein.

Gerade wenn es um ihre Arbeit geht, haben die Menschen ein feines Gespür für Gerechtigkeit. Sie sind bereit, Einkommensunterschiede hinzunehmen, wenn sie plausibel und transparent begründet sind.

Der **Arbeitsplatz ist aber noch viel mehr**. Er ist ein Ort, an dem wir gebraucht werden, **Werte schöpfen**, gemeinsam mit anderen Menschen etwas erschaffen.

Er ist auch ein Ort, an dem wir **Selbstbewusstsein tanken, Anerkennung** erfahren und unsere Fertigkeiten unter Beweis stellen können.

Wir sind bei der Arbeit originell und kreativ, leistungsbereit und fleißig, mutig und verlässlich.

Wir helfen uns gegenseitig und ziehen die Schwächeren mit.

Die besondere menschliche Fähigkeit zur **Solidarität** erleben wir Tag für Tag im Büro und in der Fabrik.

Und schließlich: Die Erwerbsarbeit ist nicht nur die Quelle unseres **Wohlstands**. Sie gewährt auch **Sicherheit** für uns und unsere Familien.

Bei einer unbefristeten Beschäftigung schützt die Vertragssicherheit davor, von heute auf morgen grundlos vor die Tür gesetzt zu werden.

Die Sozialversicherungsbeiträge sichern uns ab gegen die großen Risiken des Lebens: Krankheit und Arbeitslosigkeit, Altersarmut und Pflegebedürftigkeit.

Das Gefühl, abgesichert zu sein, steigert nicht nur unsere Lebensqualität und Planungssicherheit bei der Gründung einer Familie.

Es ist zugleich die **Voraussetzung für** jene **Flexibilität und Mobilität**, die von den Arbeitgebern im Namen von Globalisierung und Wettbewerb gebetsmühlenartig eingefordert werden.

Denn wer wäre denn geografisch mobil und zeitlich flexibel, wenn die an Demenz erkrankte Oma oder der hilflose Vater zuhause versorgt werden müsste, weil keine Pflegeversicherung da ist, die die Kosten des Pflegeheims mitträgt?

Auch der **Staat** käme **ohne die massenhafte Erwerbsarbeit in arge Schwierigkeiten**. Eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates ist die **Lohnsteuer** und auch die Pfeiler unseres Sozialsystems ruhen auf dem Fundament der massenhaften Erwerbsarbeit.

Ob Rente oder Arbeitslosigkeit, Gesundheit oder Pflege – das **Geld für die Sozialversicherungen** kommt zum größten Teil **aus der Erwerbsarbeit**.

Nicht nur die Arbeitnehmer sind also abhängig von Lohn und Brot. Der Staat ist es ebenso. Bröckelt das Fundament der Erwerbsarbeit, wackeln die Pfeiler der Sozialversicherung.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit hat also einen Wert und sie hat Würde.

Die Würde des arbeitenden Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft zu sichern – das ist unser Auftrag, Tag für Tag, im Betrieb, in der Politik, hier im Lande, in internationalen Zusammenhängen.

Wir bekennen uns zur und wir verteidigen die Freiheit. Gerade im **80. Jahr nach der Machtergreifung der Nazis** 1933 ist uns dieses Bekenntnis besonders wichtig.

Die Achtung und Verteidigung der Menschenwürde, der Grundrechte und der Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes sind für uns eine Verpflichtung.

Unsere unmittelbaren **Freiheitsrechte** sind festgeschrieben im **Artikel 9 Absatz 3** unseres Grundgesetzes. Nur mit **Vereinigungsfreiheit und Koalitionsrecht, Tarifautonomie und Streikrecht** können wir dem Kapital auf Augenhöhe entgegen treten.

Das ist übrigens auch die Voraussetzung dafür eine neue Ordnung der Arbeit überhaupt errichten zu können.

Deswegen heißt für uns **Demokratie** auch, dass sie **nicht an den Werkstoren oder vor den Büropalästen enden** darf.

Deswegen ist für uns die Mitbestimmung ein zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft und zugleich Ausdruck des Demokratieprinzips in der Arbeitswelt und der Teilhabe der Menschen.

Wer heute die Arbeitswelt ordnen will, wer gestalten will, der kann das nicht mehr im Herr-Knecht-Muster des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Wir wollen Arbeit neu ordnen, als gleichberechtigte Partner und Akteure in der Arbeitswelt und als Interessenvertreter gegenüber der und Stichwortgeber für die Politik.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Herausforderungen, die sich aus meiner kurzen Analyse ergeben, können nur durch neue und klare Regeln zum Schutz der Beschäftigten und zur Gestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen gemeistert werden. Wir sehen vor allem **vier Bereiche, für die es neue Regeln, eine neue Ordnung** braucht:

- die **Stärkung der Arbeitnehmerrechte**
- die **Bekämpfung des Niedriglohsektors** und von prekärer Beschäftigung,
- den **Erhalt und die Schaffung von mehr und besser geschützten, unbefristeten und Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen** und
- die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** und wirksamere Unterstützung von Arbeitslosen

Wir haben uns damit viel vorgenommen, ohne Frage. Aber es geht hier immerhin nicht um die sprichwörtliche Quadratur des Kreises – etwas, das von vornherein nicht funktionieren kann.

Nein, es geht um die Quadratur der Arbeit, wenn ich diesen Begriff aufnehmen darf.

Und dafür haben wir mehr als eine Blaupause. Wir haben sehr konkrete Vorstellungen und Vorschläge.

Zunächst geht es uns um die **Stärkung der Rechte der Beschäftigten aus Tarifverträgen, der Mitbestimmung und der Tarifautonomie.**

Die Tarifbindung nimmt ab und wegen der Zersplitterungen der Betriebe gib es vermehrt Bereiche, die nur sehr schwer tarifierbar sind. Deswegen haben wir eine **Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen** durch **Wegfall des 50 %-Quorums** bei gleichzeitiger Präzisierung des öffentlichen Interesses als Voraussetzung einer AVE im Gesetz vorgeschlagen.

Das **stabilisiert** das Tarifvertragssystem **und schützt** vor Dumping- und Schmutzkonkurrenz. Übrigens Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

Und wir wollen den **Ausbau der Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte**, denn die neuen Entwicklungen in der Arbeitswelt brauchen auch in den Betrieben und Verwaltungen neue Instrumente um gute Lösungen zu finden.

Stossen die betrieblichen Interessenvertretungen doch jetzt schon bei den aktuellen Problemen der Leistungsverdichtung, Umstrukturierung und den Formen prekärer Beschäftigung deutlich an ihre Grenzen.

So fehlt es an Rechten bei Outsourcing und Einsatz von Werkverträgen.

Auch der Einstellungsbegriff Beschäftigter im Betrieb greift bei den heutigen Realitäten zu kurz und die Verhinderung von Benachteiligungen der Stammbeschäftigten durch schlecht bezahlte prekäre Beschäftigte läuft dadurch leer.

Der Ersatz von Stammbeschäftigten auf Dauerarbeitsplätzen kann derzeit nicht wirksam im Rahmen der geltenden Gesetze verhindert werden.

Der Ausbau der Mitbestimmung **der Aufsichtsräte durch Ausdehnung der Idee der Montanmitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige ist eine weitere Forderung.**

Und dass wir die Mitbestimmung auch in den Gremien der ArbeitnehmerInnen in Europa stärken wollen, rundet diese Katalog ab. Denn wenn die Wirtschaft immer stärker global und europäisch ausgerichtet arbeitet, dann wollen und werden wir uns dem nicht verschließen.



Im zweiten Bereich geht es uns um die **Bekämpfung des Niedriglohnssektors und von prekärer Beschäftigung**.

Die Vorschläge in diesem Kontext dürften Ihnen im Wesentlichen bekannt sein. Wir fordern:

- einen **flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro**,
- **gleiches Geld für gleiche Arbeit**, für Leiharbeiter sowie für Frauen und Männer,
- die **Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** auf alle Branchen, um Aushöhlung von Mindestbedingungen zu unterbinden,
- die Bekämpfung **des Missbrauches von Werkverträgen** zum Lohn- und Sozialdumping,
- **mehr Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Leiharbeit und** der Vergabe von **Werkverträgen**,
- **faire Regeln für grenzüberschreitende Arbeit**, dazu gehören auch Leiharbeit, Entsendung und Dienstleistungen,
- gute **Beratung für mobile** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und
- **bessere europäische Mindeststandards** für gute Arbeit; insbesondere zur Arbeitszeit, zum Arbeitsschutz und zur Mitbestimmung.

Drittens wollen wir auch das sogenannte **Normalarbeitsverhältnis sichern und stärken**.

Unser **Ziel ist gute Arbeit statt perspektivloser Jobs**. Das heißt nicht mehr und nicht weniger als **anständige und sozialversicherungspflichtige Arbeit wieder als Regel** durchzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen fordern wir

- **besseren Gesundheitsschutz gegen Stress, Burnout oder Mobbing**, z.B. durch eine Anti-Stress-Verordnung,
- die Einführung einer **Sozialversicherungspflicht für Mini-Jobs**,
- die **Verbesserung des Kündigungsschutzes**,
- **die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Einschränkung der Sachgrundbefristungen**,
- die **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** z.B. durch den weiteren **Ausbau der Kinderbetreuung, einen Anspruch auf befristete Teilzeit, Aufstockungsanspruch für Teilezeitbeschäftigte bzw. Rückkehranspruch auf Vollzeit**,
- die **Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern**,
- ein Ende der Diskriminierung von Frauen
- klar festgelegte **Zeiten für Weiterbildung und Qualifizierung**,
- die **Öffnung der Hochschulen** für beruflich Qualifizierte und
- qualitativ **hochwertige Ausbildung** statt „billiger Arbeitskräfte“ und
- guten **Beschäftigtendatenschutz** statt Bespitzelung und Überwachung.

Viertens schließlich wollen wir **wirksamen sozialen Schutz für Arbeitslose und prekär Beschäftigte** durchsetzen. Dazu gehört es,

- den **Zugang zum Arbeitslosengeld zu erleichtern**, etwa durch die Verlängerung der Rahmenfrist auf drei Jahre,
- einen **Anspruch auf Versicherungsleistung bereits nach sechs Monaten Beitragszahlung** einzuräumen,
- die **arbeitsmarktpolitischen Instrumente** zu stärken und geschlechterpolitisch zu schärfen,
- Menschen bei der **Bewältigung von Kindererziehungs-, Qualifizierungs- und Pflegephasen sowie Arbeitsplatzverlust aufgrund von Strukturwandels** besser zu **unterstützen**,
- die Potentiale aller Beschäftigten und Arbeitslosen durch ein **Weiterbildungsgesetz** besser zu erschließen und
- ein **Programm „2. Chance“** zum Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen umzusetzen.

Sie merken also, wir haben **klare Vorstellungen** davon wie eine neue Ordnung der Arbeit aussehen muss.

Und wir haben sehr **konkrete Vorschläge** entwickelt, wie sie umgesetzt werden kann.

Wir verlassen uns dabei nicht nur auf den Gesetzgeber.

Wir **machen was wir können selbst**, zusammen mit unseren Sozialpartnern. Denken Sie etwa an die Tarifverträge und betrieblichen Regelungen zur Leiharbeit oder auch an die zur Gestaltung des demographischen Wandels.

Wir **haben** also die **Instrumente**, die wir brauchen: **Soziale Marktwirtschaft, Tarifautonomie, Subsidiarität, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat.**

Gremien, Verfahren, Akteure – es ist ja alles da, um die Arbeitswelt neu zu ordnen.

Es fehlt eben nicht an Instrumenten, die Missstände auf dem Arbeitsmarkt durch Regulierung zu beseitigen.

Die **entscheidende Frage** lautet: **Will die Politik überhaupt neue Regeln für die Arbeitswelt entwickeln und durchsetzen?**

Über viele Jahre hätte ich diese Frage mit einem glasklaren Nein beantwortet.

Es fehlte am politischen Willen zur Neuordnung der Arbeit.

Es fehlte an Mut, an Durchsetzungswillen und an Empathie für die Opfer einer neuen Arbeitswelt, in der sich alle demutsvoll den Mechanismen unregulierter Märkte unterwerfen sollen.

Doch **ich habe den Eindruck, dass wichtige Akteure in der Politik verstanden haben, worum es geht.**

Denken Sie nur daran, dass inzwischen alle im Bundestag vertretenen Parteien sich für Mindestlöhne einsetzen.

Das dürfen zwar noch nicht alle so deutlich sagen, sie schwurbeln dann von Lohnuntergrenzen, aber in der Sache sind sich alle einig:

Deutschland braucht und Deutschland kriegt den Mindestlohn!

Nachdem man sich jahrzehntelang an den Bedürfnissen des Marktes orientiert hat, ist es **an der Zeit, sich den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuzuwenden.**

Zu diesen Bedürfnissen gehört der **Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit.**

Wer mit offenen Augen – und vor allem offenen Ohren – durch die Arbeitswelt geht, der weiß, wie wichtig nicht allen, aber vielen Menschen ein sicherer, unbefristeter Job ist.

Ich hatte vor einigen Jahren die Ehre, als Mitglied einer Jury Unternehmen auszuzeichnen, die durch innovative Konzepte neue, sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben.

Für eines der ausgezeichneten Unternehmen sprach ein Mitarbeiter, der dank des neuen Konzepts eine unbefristete Festanstellung erhalten hatte.

Seine Freude und Erleichterung über den neuen, unbefristeten Job kannten keine Grenzen und haben das Publikum bis in die letzten Reihen gerührt.

Der **festen, unbefristeten Arbeitsplatz** – das war für ihn wie ein „**Sechser im Lotto**“, wie er es formulierte.

Ich sage: Es ist doch einiges unter die Räder gekommen, wenn ein Arbeitnehmer seinen festen Arbeitsplatz mit einem millionenschweren und äußerst unwahrscheinlichen Lottogewinn vergleicht.

Das hat viel zu tun mit der beschriebenen Deregulierung von Arbeit, mit ihrer Entwertung und ja, auch mit ihrer Entwürdigung.



Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Politik wollte lange nicht wahrhaben, dass es ihre originäre Aufgabe ist, gerechte, schützende sowie verbindliche Regeln für die Arbeit von Menschen zu schaffen und deren Einhaltung zu kontrollieren – denn darum geht es bei einer neuen Ordnung der Arbeit.

Wir werden nachher hören, wie die Politik das heute sieht, ob sie eigene, konkrete Vorstellungen von einer neuen Ordnung der Arbeit hat.

Wir **jedenfalls erwarten von den Parteien, dass sie das Thema Ordnung der Arbeit im Bundestagswahlkampf in den Mittelpunkt stellen**. Denn da gehört es im Interesse der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Familien hin.

Wir wollen einen Politikwechsel hin zu Guter Arbeit.

Spätestens **nach der Bundestagswahl** müssen ein **einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, der Schutz und die Stärkung der Tarifautonomie, der Ausbau der Mitbestimmung, die Bekämpfung prekärer Beschäftigung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit als Kernelemente für Gute Arbeit realisiert** werden.

Dann wären wir wirklich einen entscheidenden Schritt weiter – im Interesse der arbeitenden Menschen, ihrer Familien und unseres ganzen Landes.

Aber auch dann wären wir noch lange nicht am Ziel.



Denn **eine gute Ordnung der Arbeit kann und wird nichts Statisches** sein.

Es wird immer darum gehen, bestehende Regeln zu hinterfragen, sie neu zu justieren, sie an neue Umstände anzupassen.

Was bedeutet die Digitalisierung der Arbeit für die Beschäftigten?

Wie wirkt sie sich auf ihre Rechte aus?

Was ist, wenn der Arbeitsort sich aus dem Betrieb in eine cloud, in eine Wolke, verlagert?

Und nicht zuletzt: wie sprechen wir Gewerkschaften die cloud worker noch an?

Wie, mit welchen Mitteln organisieren wir sie?

Das sind neue Fragen, auf die wir Antworten brauchen.

Ich bin sicher: wir werden sie auch geben können. Denn vieles, was ich Ihnen unter der Überschrift neue Ordnung der Arbeit vorgestellt habe, bleibt auch im digitalen Zeitalter gültig.

Gute Arbeit für gutes Geld unter guten Bedingungen – das ist und bleibt unser Leitbild und unser Angebot!